

Einstellungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zur Drogenpolitik

Autor(en): **Braun, Norman / Diekmann, Andreas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kriminologisches Bulletin = Bulletin de criminologie**

Band (Jahr): **22 (1996)**

Heft 1

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1046828>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RESEARCH NOTES

EINSTELLUNGEN VERSCHIEDENER BEVÖLKERUNGSGRUPPEN ZUR DROGENPOLITIK

von Norman BRAUN und Andreas DIEKMANN

Zusammenfassung

Im Rahmen verschiedener studentischer Forschungsvorhaben wurden in der Region Bern verschiedene Bevölkerungsgruppen zu ihrer Einstellung zum Drogenproblem befragt, darunter vor allem auch Drogenabhängige, Ärzte, Apotheker und Polizeibeamte, die von ihrem Alltag her einen besonderen Zugang zu diesem Thema haben. Dabei zeigte sich, dass «mehr Prävention» und – in leicht geringerem Masse – «mehr Therapie» auf sehr starke Zustimmung stossen. Die kontrollierte Abgabe von Drogen wird ebenfalls von den meisten Befragten – mit Ausnahme der Polizisten – positiv beurteilt. Polizeibeamte bevorzugen demgegenüber eine allgemein mehr repressiv ausgerichtete Drogenpolitik, während dahingehende Forderungen wie auch die derzeitige Drogenpolitik bei den übrigen Gruppen überwiegend abgelehnt werden. Keine Gruppe – und insbesondere auch die Drogenabhängigen selber nicht – befürwortet die Freigabe von Drogen. (Red.)

Résumé

Dans le cadre de plusieurs projets de recherche d'étudiants, différents groupes de la population bernoise ont été interrogés sur leur attitude vis-à-vis de différentes options face au problème de la drogue. Figuraient parmi les groupes sondés notamment des médecins, pharmaciens, policiers et drogués, soit des catégories de personnes qui se trouvent quotidiennement confrontés à ce problème. De manière générale, les postulats de renforcer les efforts de «prévention» ou - dans une mesure légèrement moindre - de thérapie trouvent l'appui d'une très vaste majorité parmi tous les groupes. A l'exception des fonctionnaires de police, les groupes sondés s'expriment aussi très nettement en faveur de la distribution contrôlée d'opiacés. Les policiers affichent leur préférence pour un renforcement des efforts de répression, postulat peu partagé par les

autres groupes qui voient également la politique actuelle sous un oeil très réservé. Enfin, aucun groupe - y compris les drogués eux-mêmes - ne s'exprime d'ailleurs majoritairement pour une libéralisation proprement dite des drogues. (Réd.)

1. ZIEL DER FORSCHUNGSNOTIZ

Diskussionen um eine angemessene Drogenpolitik beschäftigen seit geraumer Zeit die Schweizer Öffentlichkeit. Dabei werden verschiedene Massnahmen vorgeschlagen. Diese reichen von einer restriktiven Drogenpolitik bis hin zu einer völligen Freigabe «weicher» und «harter» Drogen. Weiter werden inzwischen Versuche mit einer kontrollierten Abgabe harter Drogen (wie Heroin) an Schwerstsüchtige unternommen. Gemäss der Übersicht von Fahrénkrug et al. (1995) zeigt sich in Meinungsumfragen zur Schweizer Drogenpolitik (z.B. Leuthold, Cattaneo und Dubois-Farber 1993), dass sich die überwiegende Mehrheit (über 80%) gegen eine Tolerierung oder eine Freigabe harter Drogen ausspricht, aber annähernd die Hälfte der Befragten eine ärztlich kontrollierte Drogenabgabe befürwortet. Darüber hinaus scheint es eine Variation der Politikeinstellungen der Bevölkerung nach Wohnregion zu geben. So berichten z.B. Cattaneo et al. (1993), dass etwa 70% der (in einer IPSO-Untersuchung) befragten 600 deutschweizerischen Personen eine kontrollierte Heroinabgabe bejahen, während die Zustimmung der interviewten 300 Westschweizer und 100 Tessiner geringer ausfällt (knapp 57% Westschweiz, ungefähr 61% Tessin).

Erstaunlicherweise wurde in derartigen Einstellungsuntersuchungen bislang nicht danach gefragt, welche Positionen von den mit Drogenproblemen befassten Professionen und insbesondere von den betroffenen Drogenkonsumenten selbst zu den verschiedenen Vorschlägen zur Drogenpolitik bezogen werden. Mit der vorliegenden Forschungsnotiz werden zusammenfassend die Ergebnisse solcher Befragungen in der Stadt Bern berichtet. Obwohl unsere Resultate den erwähnten Umfragen zur Gestaltung der Drogenpolitik nicht widersprechen, verhindert die Beschränkung auf die Stadt Bern ihre Verallgemeinerung auf die gesamte Schweiz oder ihren Vergleich mit entsprechenden internationalen Befunden. Den Schwerpunkt unserer kurzen Notiz bildet vielmehr die Frage, ob verschiedene Bevölkerungsgruppen bezüglich ihrer Drogenpolitikeinstellung homogen sind. Aus unserer Sicht von zentralem Interesse sind besonders Vergleiche zwischen verschiedenen Professionen, die mit der Drogenproblematik mehr oder minder stark konfrontiert sind.

2. VORGEHENSWEISE UND UNTERSUCHUNGSGRUPPEN

Die hier präsentierten Resultate wurden während der letzten drei Jahre im Rahmen von Lehrveranstaltungen zu den Methoden der empirischen Sozialforschung und einem Forschungsprojekt zur Situation Berner Drogenabhängiger durch das Institut für Soziologie der Universität Bern in schriftlichen oder telephonischen Befragungen erhoben. Im einzelnen bezogen sich diese Erhebungen auf :

- 138 von insgesamt 300 zufällig ausgewählten Berner Bürgerinnen und Bürger mit Telefonanschluss;
- 271 Abhängige aus der «sichtbaren» Berner Drogenszene (d.h. Männer und Frauen, die harte Drogen (z.B. Heroin, Kokain) nicht ausschliesslich im privaten Rahmen konsumieren, sondern Einrichtungen der Drogenhilfe nützen oder sich an bekannten Treffpunkten in der Berner Innenstadt aufhalten);
- 133 von insgesamt 320 im Telefonbuch der Stadt Bern ausgewiesenen Ärztinnen und Ärzte der Tätigkeitsbereiche «Allgemeinmedizin» und «Innere Medizin»;
- 36 von insgesamt 48 (gemäss dem Telefonbuch in Bern tätigen) Apothekerinnen und Apothekern;
- 30 durch die Polizeiführung ausgewählte Polizistinnen und Polizisten der Stadt Bern (Zentrale Auswahlkriterien: Verfügbarkeit zum Befragungszeitpunkt, Erfahrung im Strasseneinsatz und damit mit der Drogenproblematik);
- 287 von insgesamt 383 zufällig ausgewählten Studenten und Studentinnen der Universität Bern;
- 173 Schülerinnen und Schüler aus (durch die Schulleitung ausgewählten) 11 verschiedenen Klassen eines Berner Gymnasiums.

Zur Untersuchung der Einstellungen zur Drogenpolitik wurden den Untersuchungspersonen jeweils dieselben Fragen zu verschiedenen Politikoptionen präsentiert. Die ersten fünf Items umfassten die völlige Freigabe harter Drogen, die kontrollierte Abgabe an bereits konsumierende Personen,

den Status Quo der derzeitigen Drogenpolitik, die strengere Handhabung bestehender Gesetze zu ihrer besseren Durchsetzung sowie die Verschärfung der Drogengesetze. Die Fragen waren in kumulativer Reihenfolge angeordnet, und jeder angebotenen Politikalternative konnte einzeln graduell zugestimmt oder widersprochen werden.

Mit Ausnahme der Gymnasiumsbefragung wurden zwei weitere Fragen zur Drogenpolitik mit diesen Antwortmöglichkeiten gestellt. Zum einen wurde gefragt, ob mehr Mittel für präventive Massnahmen bereit gestellt werden sollen, um den Konsumbeginn möglichst zu unterbinden. Zum anderen wurde danach gefragt, ob mehr Mittel für Therapiemassnahmen zugunsten von Drogenabhängigen erforderlich erscheinen.

Im einzelnen wurden die standardisierten Fragen (Antwortvorgaben : stimme stark zu; stimme zu; teils, teils; lehne ab; lehne stark ab) folgendermassen gestellt :

Zur Drogenpolitik in der Schweiz gibt es unterschiedliche Meinungen. Die Standpunkte reichen von einer völligen Freigabe harter Drogen bis hin zur Verschärfung bestehender Gesetze. Bitte geben Sie zu den folgenden Standpunkten Ihre Meinung an.

Harte Drogen wie Heroin und Kokain sollten wie Alkohol frei erhältlich sein.

Harte Drogen sollten an bereits konsumierende Personen kontrolliert (z.B. unter ärztlicher Aufsicht) abgegeben werden.

Die derzeitige Politik des Drogenverbots ist der richtige Weg.

Die Gesetze zum Verbot des Drogenkonsums sollten strenger gehandhabt werden.

Die Gesetze zum Verbot des Drogenkonsums sollten verschärft werden.

Es sollte mehr für Drogenprävention getan werden, damit junge Menschen gar nicht erst mit dem Drogenkonsum beginnen, d.h. es sollten mehr Mittel für Programme zur Verhinderung des Konsums bereit gestellt werden.

Es sollten mehr Mittel zur Therapie von Drogenkonsumenten bereit gestellt werden.

3. ZUSAMMENFASSUNG DER RESULTATE

Das Antwortverhalten der einzelnen Untersuchungsgruppen bezüglich der Fragen zur Drogenpolitik ist relativ eindeutig. Die im Anschluss aufgelisteten Tabellen berichten die gefundenen Häufigkeiten für jede Gruppe, wobei zur Gewährleistung der besseren Übersichtlichkeit die Intensität der Zustimmungen oder Ablehnungen vernachlässigt wurde. Ohne nun auf die Ergebnisse im Detail einzugehen, ergeben sich daraus verschiedene Schlussfolgerungen :

- Keine der befragten Gruppen votiert mehrheitlich für eine komplette Freigabe harter Drogen. Bemerkenswerterweise gilt dies auch für die befragten Abhängigen.
- Mit Ausnahme der Berner Stadtpolizei sind sämtliche Untersuchungsgruppen mit grosser Mehrheit für eine veränderte Drogenpolitik im Sinne einer kontrollierten Abgabe an bereits konsumierende Personen.
- Abgesehen von der Berner Stadtpolizei stimmt der derzeitigen Drogenpolitik keine Gruppe mehrheitlich zu.
- Die Politikoptionen «Bessere Gesetzesdurchsetzung» und «Verschärfung der Gesetze» finden nur unter Polizistinnen und Polizisten eine Mehrheit.
- Vermehrte Anstrengungen in den Bereichen der Prävention und Therapie wünschen sämtliche dazu befragte Untersuchungsgruppen.

Abschliessend sei noch erwähnt, dass die Ärztinnen und Ärzte als potentiell Betroffene noch danach gefragt wurden, ob und inwieweit sie eine veränderte Drogenpolitik im Sinne einer kontrollierten Abgabe mittragen würden. Jeder zweite Mediziner (50%) drückte in diesem Zusammenhang seine Bereitschaft aus, eine «liberalere Drogenpolitik mitzutragen und auch Heroin an Süchtige mit Indikation abzugeben, resp. zu verschreiben». Nur 39% der 133 Ärzte und Ärztinnen lehnten dies ab (11% «weiss nicht»). Die Bereitschaft, eine Neuorientierung der Drogenpolitik zu unterstützen, ist in der Berner Ärzteschaft offenbar sehr hoch ausgeprägt.

ANNEXES

Tabelle 1: Einstellungen der Berner «Normalbevölkerung» zu Optionen der Drogenpolitik (1994)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	7.3	15.9	76.8	138
Kontrollierte Abgabe	71.5	14.6	13.9	137
Derzeitige Drogenpolitik	18.7	26.1	55.2	134
Bessere Gesetzesdurchsetzung	35.8	16.1	48.1	137
Verschärfung der Gesetze	34.8	8.4	56.8	132
Mehr Mittel für Prävention	81.8	12.4	5.8	137
Mehr Mittel für Therapie	69.1	16.2	14.7	136

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Erhebung erfolgte unter Anleitung der Autoren durch eine studentische Arbeitsgruppe im Rahmen des «Empirischen Forschungspraktikums zur Drogenproblematik» im Studienjahr 1993/94.

Tabelle 2: Einstellungen von Berner Drogenabhängigen zu Optionen der Drogenpolitik (1993)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	42.7	37.9	19.4	253
Kontrollierte Abgabe	78.3	15.4	6.3	254
Derzeitige Drogenpolitik	2.0	15.4	82.6	253
Bessere Gesetzesdurchsetzung	4.3	9.8	85.8	254
Verschärfung der Gesetze	3.6	8.7	87.7	252
Mehr Mittel für Prävention	82.6	15.1	2.3	258
Mehr Mittel für Therapie	86.2	11.4	2.4	254

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Erhebung erfolgte im Rahmen eines durch die Stadt Bern geförderten Forschungsprojektes zur Situation von Berner Drogenkonsumenten (Braun, Diekmann, Weber und Zahner, 1995).

Tabelle 3: Einstellungen von Berner Ärztinnen und Ärzten zu Optionen der Drogenpolitik (1993/94)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	6.0	21.1	72.9	133
Kontrollierte Abgabe	72.2	13.5	14.3	133
Derzeitige Drogenpolitik	12.8	27.1	60.1	133
Bessere Gesetzesdurchsetzung	28.0	16.7	55.3	132
Verschärfung der Gesetze	13.6	13.6	72.7	132
Mehr Mittel für Prävention	86.4	9.8	3.8	133
Mehr Mittel für Therapie	75.2	19.5	5.3	133

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Erhebung wurde von Rahela Syed im Rahmen ihrer Lizentiatsarbeit «Befragung von Ärztinnen und Ärzten im Raum Bern zur Drogenproblematik» durchgeführt.

Tabelle 4: Einstellungen von Berner Apothekerinnen und Apotheker zu Optionen der Drogenpolitik (1994)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	2.9	5.7	91.4	35
Kontrollierte Abgabe	61.1	16.7	22.2	36
Derzeitige Drogenpolitik	14.7	44.1	41.2	34
Bessere Gesetzesdurchsetzung	33.3	15.2	51.6	33
Verschärfung der Gesetze	28.1	3.1	68.7	32
Mehr Mittel für Prävention	97.1	2.9	0.0	34
Mehr Mittel für Therapie	76.5	20.6	2.9	34

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Erhebung erfolgte unter Anleitung der Autoren durch eine studentische Arbeitsgruppe («Apothekenbefragung in der Stadt Bern»).

Tabelle 5: Einstellungen von Berner Polizistinnen und Polizisten zu Optionen der Drogenpolitik (1993)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	0.0	0.0	100.0	30
Kontrollierte Abgabe	10.3	31.0	58.6	29
Derzeitige Drogenpolitik	53.3	33.3	13.3	30
Bessere Gesetzesdurchsetzung	66.7	30.0	3.3	30
Verschärfung der Gesetze	51.7	34.4	13.8	29
Mehr Mittel für Prävention	90.0	3.3	6.7	30
Mehr Mittel für Therapie	70.0	20.0	10.0	30

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Erhebung erfolgte unter Anleitung der Autoren durch eine studentische Arbeitsgruppe («Die Berner Stadtpolizei zur Drogenfrage»).

Tabelle 6: Einstellungen von Berner Studentinnen und Studenten zu Optionen der Drogenpolitik (1993)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	21.0	34.3	44.7	286
Kontrollierte Abgabe	84.3	10.1	6.6	287
Derzeitige Drogenpolitik	8.0	17.1	74.8	286
Bessere Gesetzesdurchsetzung	14.7	17.5	67.7	285
Verschärfung der Gesetze	10.5	9.1	80.4	286
Mehr Mittel für Prävention	86.8	9.8	3.5	287
Mehr Mittel für Therapie	86.8	9.8	3.5	287

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Erhebung erfolgte unter Anleitung der Autoren durch eine studentische Arbeitsgruppe («Bericht über die Befragung der Studierenden an der Universität Bern zur Drogen- und Suchtproblematik»).

Tabelle 7: Einstellungen von Berner Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu Optionen der Drogenpolitik (1995)

	% Zustimmung	% Indifferenz	% Ablehnung	Anzahl
Völlige Drogenfreigabe	12.3	32.8	55.0	171
Kontrollierte Abgabe	81.4	13.4	5.2	172
Derzeitige Drogenpolitik	7.0	43.6	49.4	172
Bessere Gesetzesdurchsetzung	18.7	33.9	47.4	171
Verschärfung der Gesetze	17.9	31.2	50.9	173

Erläuterung : Die Prozentuierung in jeder Zeile bezieht sich jeweils auf die in der letzten Spalte angegebene Zahl der gültigen Fälle. Abweichung von 100% durch Rundungsfehler. Die Fragen zur Bereitstellung von mehr Mitteln für Prävention und Therapie wurden nicht gestellt. Die Erhebung erfolgte unter Anleitung der Autoren durch eine studentische Arbeitsgruppe im Rahmen der Veranstaltung «Empirisches Forschungspraktikum zur Drogenproblematik» im Studienjahr 1994/95.

Literatur und Anmerkungen

Braun N., Diekmann A., Weber J.P., Zahner C., *Die Berner Drogenszene*, Bern: Paul Haupt, 1995.

Cattaneo M., Dubois-Farber F., Leuthold A. und Paccaud F., *Evaluation der Massnahmen des Bundes zur Verminderung der Drogenprobleme, Phase I. Erste Bilanz 1991-1992*, Lausanne: Institut universitaire de médecine sociale et préventive, 1993.

Fahrenkrug H., Rehm J., Müller R., Klingemann H. und Linder R., *Illegale Drogen in der Schweiz 1990-1993*, Zürich: Seismo, 1995.

Leuthold A., Cattaneo M. und Dubois-Farber F., «Die Schweizer Bevölkerung und das Drogenproblem: Problemsicht und Lösungsvorschläge», *Sozial- und Präventivmedizin* 38 (1993): 206-216.

Syed R., *Befragung von Ärztinnen und Ärzten im Raum Bern zur Drogenproblematik*, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit am Institut für Soziologie der Universität Bern, 1995.

Die Befragungen einzelner Bevölkerungsgruppen wurden unter Anleitung der Autoren durch studentische Arbeitsgruppen im Rahmen von Lehrveranstaltungen durchgeführt und in folgenden unveröffentlichten Abschlussberichten dokumentiert :

Abebe A., Arni C., Vuichard F., *Apothekenbefragung in der Stadt Bern*, 1994.

Bebic B., Polloni G., *Bericht über die Befragung von Studierende an des Universität Bern zur Drogen- und Suchtproblematik*, 1994.

Berger R., Jenatsch T., *Die Berner Stadtpolizei zur Drogenfrage*, 1993.